

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Detlef Ehlebracht,  
Krzystof Walczak, Olga Petersen, Thomas Reich und Marco Schulz (AfD)**

### **Betr.: Resolution der Bürgerschaft**

Hamburg steht zur Polizei!

Die AfD-Fraktion verurteilt die Unterstellung eines latenten Rassismus oder einer Gewaltbereitschaft bei deutschen Sicherheitskräften durch die SPD-Vorsitzende Saskia Esken und erklärt sich solidarisch mit den deutschen Polizeibeamten und Sicherheitskräften.

Im Gegensatz zu diesen linksradikalen Äußerungen berichtet die „Hamburger Morgenpost“ vom 19.01.2020, dass im Jahr 2019 die Staatsanwaltschaft in 165 Fällen wegen Körperverletzung im Amt gegen Polizeibeamte ermittelt habe. Wie aus der zitierten Senatsantwort hervorgeht, sei seit Oktober 2019 kein neuer Fall hinzugekommen. 48 Verfahren sind eingestellt worden, die restlichen sind offen. Eine Verurteilung sei in keinem Fall erfolgt.

Weiter heißt es in dem Medium:

„Im Jahr 2018, dem Jahr nach dem G20-Gipfel, lag die Zahl der Ermittlungen wegen Körperverletzung im Amt noch deutlich höher: Damals zählte die Staatsanwaltschaft 232 Verfahren gegen 393 Beschuldigte. Die höhere Zahl ergibt sich aus Verfahren, die sich gegen mehrere Beamte richten. Die meisten Verfahren werden eingestellt, denn bisher wurden die Verfahren gegen 265 Beschuldigte aus dem Jahr 2018 eingestellt, die meisten im Zusammenhang mit G20. In einem Fall wurde Anklage erhoben, das Gericht stellte das Verfahren jedoch gegen Auflagen (etwa ein Bußgeld) ein. In einem weiteren Fall stellte die Staatsanwaltschaft Antrag auf einen Strafbefehl. Eine Verurteilung erfolgte 2018 gegen keinen Polizisten“.

Diese Sachlage hat sich bis heute nicht geändert. Dieser neuerliche Anwurf der Politik gegen die Polizeikräfte dürfte aus der neuerdings in Mode gekommenen Solidarisierungswelle mit den in den USA bekannt gewordenen Fällen polizeilicher Gewalt herühren.

Eine vergleichbare Situation ist jedoch schon aufgrund des explizit guten Ausbildungsstandards der deutschen Polizeikräfte weder gegeben noch in Zukunft zu erwarten.

Unsere Polizei hat sich seit der Gründung der Bundesrepublik als eine verfassungstreue und rechtsstaatliche Bürgerpolizei etabliert, die ihre verantwortungsvolle und gefährliche Aufgabe zum Schutz der Bürger und der öffentlichen Sicherheit wirksam und als „Freund und Helfer“ im Sinne des Amtseides auf die Verfassung wahrnimmt, bei der die Würde des Menschen im Mittelpunkt steht. Dieses Selbstverständnis wird jedem deutschen Polizeibeamten im Rahmen einer umfassenden und qualitativ hochwertigen Ausbildung vermittelt.

Unsere Polizei duldet in ihren Reihen kein extremistisches Gedankengut und zieht die erforderlichen dienst- und strafrechtlichen Konsequenzen, wo derartiges Gedankengut sichtbar wird. Dazu verfügt die Polizei über interne Kontrollinstanzen, um extremisti-

sche Tendenzen bei Anwärtern oder fertig ausgebildeten Beamten zu erkennen, zu melden und zu ahnden.

Mit der Instrumentalisierung des Todes von George Floyd in den USA zur Unterstellung eines „latenten Rassismus“ und Forderung einer „unabhängigen Aufarbeitung von Gewalt und Rassismus bei der deutschen Polizei“ untergräbt die SPD das Vertrauen in unsere Polizeibeamten und in den deutschen Rechtsstaat auf zutiefst verantwortungslose Weise.

Sie bestärkt die Kräfte, die bereits ein gestörtes Verhältnis zum Staat und dessen Sicherheitsorganen haben und befördert die gefährliche Entwicklung einer massiven Zunahme der Gewalt gegen Polizeibeamte in den letzten Jahren, die alleine im Jahr 2019 um 8,6 Prozent angestiegen ist.

Nicht ohne Grund wurden im Jahre 2017 die strafrechtlichen Vorschriften der §§ 113 und 114 StGB auf der Rechtsfolgenseite verschärft.

Die direkten Folgen der permanenten Herabwürdigung unserer Polizei zeigten sich auch in den vergangenen Tagen bei mehreren Demonstrationen, als Polizeibeamte in den Fokus hauptsächlich linksradikaler Täter gerieten und Opfer skrupelloser Gewalt wurden.

Wenn die SPD die Arbeit und das Ansehen der deutschen Polizei untergräbt und sich gleichzeitig öffentlich zur linksextremen „Antifa“ bekennt, die maßgeblich für die Gewalt gegen unsere Polizei verantwortlich ist, wirft das Fragen über ihre Loyalität zum Rechtsstaat und zur Verfassung auf.

Wir fordern ein geschlossenes Bekenntnis des Senats und aller politischen Kräfte zu unseren Polizeikräften auf Bundes- und Landesebene sowie eine klare Distanzierung und Verurteilung von jeder Art des Extremismus.

**Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft erklären:**

Unsere Polizei leistet eine hervorragende Arbeit zum Schutz der Bürger und der öffentlichen Sicherheit und hat von der Politik Unterstützung statt Vorverurteilungen verdient.

Wir stehen zu unseren Polizei- und Sicherheitskräften und werden sie mit aller Kraft gegen jene verteidigen, die sie diskreditieren und sabotieren wollen.

Zum Schutze unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates wird die Bürgerschaft dieser Art der Vorverurteilung unserer Polizei und Sicherheitskräfte auch weiterhin entschlossen entgegentreten.

Die Bürgerschaft fordert den Senat auf, sich dieser Erklärung der Bürgerschaft anzuschließen.